

Einführung in das Schwerpunktthema

Politikberatung für Nachhaltigkeit

Von Rüdiger Haum und Thomas Korbun

Die Politik braucht Wissenschaft. Sie braucht ihre Unterstützung, um die komplexen, interdependenten Zielsysteme ihrer Entscheidungen zu verstehen und die vielfältigen Wirkungen ihrer Entscheidungen besser abzuschätzen. Aufgrund ihres Querschnittscharakters ist wissenschaftlicher Sachverstand in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik besonders wichtig. Dass sich Politik und Verwaltung der Wissenschaft zur Entscheidungsfindung bedienen, liegt nicht nur nahe, sondern ist auch sinnvoll.

Doch hinter dieser offensichtlichen und vernünftigen Beziehung verbirgt sich ein facettenreiches, oft problematisches und nicht selten spannungsreiches Verhältnis. Wie es sich gestaltet und gestalten sollte, ist Thema des Schwerpunkts der aktuellen Ausgabe von *Ökologisches Wirtschaften*.

Als der Club of Rome 1972 in seinem berühmten Gutachten *The Limits of Growth* das nahende Ende der menschlichen Lebensgrundlagen prophezeite, war nicht nur der Raubbau des Menschen an der Natur wissenschaftlich dokumentiert. Mit der Veröffentlichung erhielt auch die Umweltpolitik eine sachliche Grundlage zur Selbstbestimmung und Behauptung gegenüber anderen Politikbereichen.

Doch neben der Bedeutung wissenschaftlicher Beratung markierte *Limits of Growth* auch das erste Spannungsfeld zwischen Regierenden und ihren akademischen Beratern. Innerhalb der Wissenschaft waren und sind die Prognosen des Club of Rome strittig. Die von Dennis Meadows und seinen Ko-Autoren vorgelegte Stellungnahme ist rational, methodisch gesichert und intersubjektiv überprüfbar. Sie ist wissenschaftlich anerkannt und trotzdem selektiv.

Im Falle der *Limits of Growth* ist der Hauptkritikpunkt die den Prognosen zu grundlegende Linearität der Entwicklungen. Meadows und Kollegen gingen bei der Berechnung des Endes der Ressourcen davon aus, dass sich die heutigen Formen von Produktion und Konsum auch in Zukunft nicht verändern

werden. Technologischer Wandel oder schwankende Preise für Rohstoffe etwa – beides hat erheblichen Einfluss auf die Grenzen des Wachstums – blieben unberücksichtigt.

Ob nun Meadows oder seine Kritiker Recht haben, kann der Wissenschaft egal sein. Wissenschaftler vertrauen darauf, dass falsche Annahmen über die Wirklichkeit irgendwann durch bessere oder eher zutreffende ersetzt werden. Doch was macht die Politik, wenn die Annahmen ihrer Berater falsch sind? Entscheidungen muss sie trotzdem treffen. **Gotthard Bechmann** erläutert in seinem Beitrag das sich wandelnde Verhältnis von Wissenschaft zu Politik und definiert Kriterien für eine optimale, auf Forschung basierende Beratung.

Ein zweites Spannungsfeld umfasst die Funktion der Beratung in der Politik. Die neu gewählte, konservative dänische Regierung hat die Förderbedingungen für erneuerbare Energien verschlechtert, das Verbot von Getränkedosen aufgehoben und den Klimaschutz vom eigenen Land in Senken für Kohlendioxid irgendwo auf der Welt verlagert. Zur Begründung der Kehrtwende im einstigen umweltpolitischen Vorzeigeland dienten Arbeiten des Statistikers Björn Lomborg. Er erstellt für die Regierung Kosten-Nutzen-Analysen zu Umweltschäden und deren Behebung: Altpapierrecycling zu teuer, in die Tonne damit! Dass Lomborgs Bewertungsmethodik als zu simpel, der Vielschichtigkeit seines Untersuchungsgegenstands nicht angemessen und unwissenschaftlich kritisiert wird, interessiert weder ihn noch die Regierung. Der Verdacht der Vereinnahmung liegt nahe. Was Politik und Wissenschaft voneinander zu erwarten haben, ist Thema des Beitrags von **Birger Priddat**. Die Rolle der Beratung, so seine These, liegt nicht in der Lösung von Problemen. Gutachter wie Lomborg fungieren vielmehr als Katalysator für den politischen Prozess.

Aber auch die lautere Wissenschaft kann nicht immer mit dem aufwarten, was die Politik gerne hätte. Politiker treffen, oft weil sie müssen, Entscheidungen ohne dass sie oder die Wissenschaft die komplexen Wirkungsgefüge einzelner sozial-ökologischer Probleme und die Konsequenzen politischer Eingriffe mit ihren Wechselwirkungen bis in letzte Detail verstanden haben. Dass der Mensch das Klima langfristig und umgreifend verändert gilt als sicher. Die regionalen Auswirkungen des Klimawandels sind unüberschaubar und nur grob vorhersagbar. Die Wissenschaft produziert, mit anderen Worten, unsicheres Wissen. Ihre Ergebnisse lassen Interpretations- und Entscheidungsspielraum. Was können Politiker in diesem Fall tun, um trotzdem die richtigen Maßnahmen zu treffen? Die Kluft zwischen dem Leistungsvermögen der Wissenschaft und der Erwartung seitens der Politik ist das öffentlich am wenigsten bekannte Spannungsfeld zwischen beiden.

Die Liste der Unstimmigkeiten und Probleme zwischen Wissenschaft und Politik ließe sich fortsetzen: BSE, Schadstoffgrenzwerte in Diesellabgasen, REACH, Öko-Steuer. Doch es wäre dem Thema nicht angemessen, die Wissenschaft zum Doktor, die Politik zum Patienten und diesen Schwerpunkt zu einer Sammlung befolgter oder ignoriertes Ratschläge zu machen. Antworten auf die eingangs gestellten Fragen beginnen mit einer kritischen Untersuchung der Leistungsfähigkeit von Wissenschaftlern und Beratern, der verschiedenen Beratungseinrichtungen sowie der Rolle von Beratung im politischen Prozess. Ein Ziel, dass sich alle Autoren des Schwerpunkts gesetzt haben.

Besondere Bedeutung kommt der Bewertung der geleisteten Beratung zu. Wenn Politik Beratung braucht, sollte die die bestmögliche bekommen. Eine Option zur Sicherstellung angemessener Güte ist die Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität der Arbeit. Akademische Begutachtung würde in diesem Fall aus zwei Teilen bestehen. Erstens sollten die Berater sich durch referierte Fach-Publikationen und laufende Forschungsarbeit als Experten in ihrem Beratungsfeld ausweisen. Zweitens sollten die Gutachten, Expertisen und Stellungnahmen der Berater für die Politik mit den gleichen Kriterien bewertet werden, wie ihre rein akademischen Veröffentlichungen. Diese Position vertreten **Reinhard F. Hüttl** und **Andreas Stucke**. Allein die Kontrolle durch die etablierte Fachwissenschaft, auch in der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsforschung, ist ihrer Ansicht nach der Garant für eine hochwertige Politikberatung. Dieser Position muss entgegengehalten werden, dass die Bewertung nach akademischen Kriterien hier oft fehlt. Die etablierte Fachwissenschaft ist immer noch vorwiegend disziplinar ausgerichtet ist. Dem disziplinenübergreifende Ansatz der Nachhaltigkeitsforschung, der zudem außerwissenschaftliches Wissen integriert um die Praxisausganglichkeit ihrer Ergebnisse sicherzustellen, wird dies häufig nicht gerecht.

Ein erster Schritt auf der Suche nach geeigneten Kriterien für die anwendungsorientierte Nachhaltigkeitsforschung und ihr zugrunde liegender Beratung sind die Ergebnisse des Projekts Evalunet, das im Rahmen des BMBF-Programms Sozialökologische Forschung durchgeführt wurde (Bergmann et al. 2005).

Neben der Qualität bestimmen auch Aufgaben und Arbeitsweisen der vorhandenen Beratungsinstitutionen die Wirkung von Beratung auf Umweltpolitik. In Deutschland gibt es eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Einrichtungen zur Beratung in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik: praxisbezogene Hochschulinstitute, außeruniversitäre, öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen, unabhängige Forschungsinstitute sowie zeitlich befristete Expertengremien auf Bundesebene. **Christian Hey** beschreibt in seinem Beitrag die Arbeit des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU). Der SRU ist die älteste Einrichtung zur unabhängigen Beratung der Bundesregierung in Umweltfragen. Sein Einfluss ist schwer zu messen, doch seine Publikationen sind aus der Umweltforschung

„Eine besondere Rolle in der Forschungs- und Beratungslandschaft nehmen die unabhängigen, ökologisch orientierten Forschungsinstitute ein.“

und aus den umweltpolitischen Debatten nicht mehr wegzudenken.

Eine besondere Rolle in der Forschungs- und Beratungslandschaft nehmen die unabhängigen, ökologisch orientierten Forschungsinstitute ein. Ihre Gründung war eine Reaktion auf die Unfähigkeit der disziplinar versäulten Wissenschaft, Umweltprobleme zu erkennen und handlungsorientiert zu bearbeiten. Das Öko-Institut, das IÖW oder das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) betreiben neben anderen advokatische Forschung und machen ihre Abkehr von vermeintlicher wissenschaftlicher Neutralität explizit. Ihre Beratung wendet sich gleichermaßen an die Politik wie an die Öffentlichkeit. **Jochen Roose** untersucht in seinem Beitrag die Rolle dieser Institute für die umweltpolitische Debatte.

Während die wissenschaftlichen Beratungseinrichtungen die Diskussion um die Qualität der Beratungsinhalte und -prozesse zunehmend intensiv führen, sehen langjährige Beobachter des politischen Geschehens Politikberatung mit Skepsis. Für **Gerd Rosenkranz** führt die Härte im politischen Prozess dazu, dass ergebnisoffene Gutachten und neugierige Politiker die seltene Ausnahme sind (vgl. Standpunkt auf S. 8).

Literatur

Bergmann, M./ Brohmann, B./ Hoffmann, E./ Loibl, M. C./ Rehaag, R./ Schramm, E./ Voß, J.-P.: Qualitätskriterien transdisziplinärer Forschung. Ein Leitfaden für die formative Evaluation von Forschungsprojekten. Frankfurt/ M. 2005. Download: www.downloads.isoe.de

■ AUTOREN + KONTAKT

Rüdiger Haum ist verantwortlicher Redakteur von Ökologisches Wirtschaften und Doktorand am Science Policy Research Unit (SPRU) der Universität Sussex.

E-Mail: redaktion@ioew.de

Thomas Korbun ist Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin.
Tel. 030/ 884594-0, E-Mail: thomas.korbun@ioew.de



(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.